

1



**Achtung: Städte  
und Gemeinden  
in Not**

**Gerechte Steuerpolitik  
geht anders!**

gerecht-  
geht-  
anders.de

ver.di



## GEMEINDEN IN DER FINANZKRISE

Schon seit Jahren werden in Städten und Gemeinden Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger abgebaut, verschlechtert und verteuert. Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater werden geschlossen. Straßen und Gebäuden werden nicht mehr instandgehalten, Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr gekürzt. Eintrittspreise für Museen, Zoos, Bäder, Kultur so erhöht, dass viele sie sich nicht mehr leisten können. Die Gebühren für Kita, Straßenreinigung, Büchereien usw. steigen bis zur Schmerzgrenze.

Der Grund ist die notorische Finanznot. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich diese Finanznot vieler Städte und Gemeinden dramatisch zugespitzt. Schon zuvor haben wiederholte Steuersenkungen die Gemeinden finanziell ausgeblutet. Gleichzeitig wurden ihnen die steigenden Arbeitslosigkeits- und Sozialkosten aufgebürdet.



**Die katastrophale Finanzlage der Städte und Gemeinden höhlt die kommunale Selbstverwaltung und damit die Demokratie aus.**

2010 verbuchten Städte und Gemeinden ein Finanzierungsdefizit von elf Milliarden Euro. Auch 2011 wird ein zweistelliges Milliarden-Defizit erwartet. Die Gewerbesteureinnahmen brachen 2009 um 20 Prozent ein – auf unter 28 Milliarden Euro. Trotz Aufschwung waren es 2010 auch nur knapp 29 Milliarden Euro. Kassenkredite, die nur für kurzfristige Engpässe gedacht sind, steigen seit Jahren. Sie erreichten einen neuen Rekord von 40 Milliarden Euro.

### **Keine Entwarnung**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung wollte sogar die Gewerbesteuer – die mit Abstand wichtigste Gemeindesteuer – abschaffen. Sie

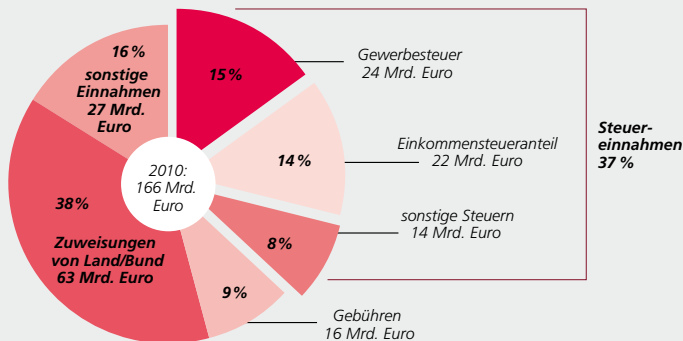
lässt in einer neuen Gemeindefinanzkommission prüfen, ob sie durch einen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und einen höheren Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer zu ersetzen ist.

Beschäftigte würden zusätzlich belastet, Unternehmen dagegen weiter entlastet. Gerade finanzschwächere Kommunen sowie Städte mit bisher hohen Gewerbesteuererträgen müssten ihre Bürgerinnen und Bürger verstärkt zur Kasse bitten. Diesen Plan konnte die Regierung nicht durchsetzen. Jetzt drängt die Unternehmerlobby darauf, die Gewerbesteuer „wenigstens“ zu schwächen.



**Abschaffung der Gewerbesteuer bedeutet weitere Umverteilung zulasten der Bürgerinnen und Bürger.**

## Woher bekommen Gemeinden ihr Geld?



Fast 40 Prozent ihrer Einnahmen erhalten die Gemeinden aus Steuern. Ebenfalls fast 40 Prozent sind Zuweisungen von Bund und Ländern. Teilweise sind diese an bestimmte Zwecke gebunden, teilweise sollen sie die unterschiedliche Finanzkraft der Gemeinden ausgleichen. Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010



Auch die Einheitlichkeit sozialer Leistungen stellt die neue Kommission infrage. In den ärmeren Kommunen droht den Menschen dann weniger Grundsicherung, weniger Wohngeld. Oder Kitagruppen werden vergrößert. Die „Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen“ als ausdrückliches Verfassungsziel würde endgültig unter die Räder kommen. Genau das will aber die FDP! Seit langem diffamiert sie die geforderte Gleichwertigkeit als „Gleichmacherei“.

### **Schlechte Aussichten**

Schon heute ist klar, dass sich die Probleme der kommunalen Finanzen in den kommenden Jahren weiter verschlimmern werden. Die Steuereinnahmen der Gemeinden bleiben um über zehn Prozent hinter den Schätzungen aus 2008 zurück. Damit nicht genug: Das von der Großen Koalition verkündete Sparpaket droht den wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen. Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt hoch, die Kürzungen

des Bundes belasten die Städte und Gemeinden mit Mehrausgaben. Durch die 2009 beschlossene Schuldenbremse dürfen auch die Länder ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen.

Das wird den Druck verstärken, die Zuweisungen an die Kommunen – immerhin fast 40 Prozent ihrer gesamten Einnahmen – zu senken. Um dann noch die drängendsten Ausgaben finanzieren zu können drohen weitere Privatisie-

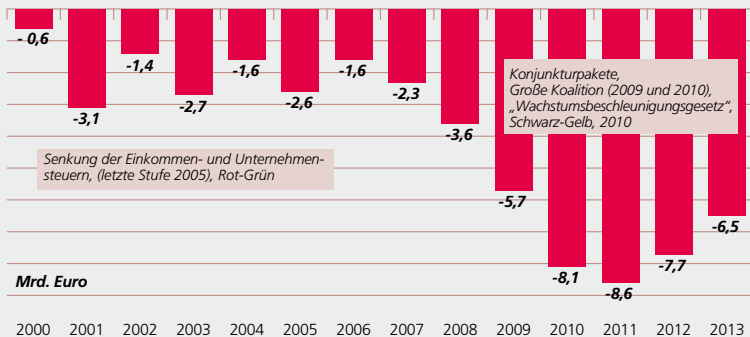
rungen und eine Verschleuderung noch verbliebenen öffentlichen Eigentums.



**Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss auch weiterhin das Ziel bleiben.**

## Städte und Gemeinden bluten aus

Einnahmeausfälle durch Steueränderungen seit 1998



Steuersenkungen reißen schon seit Jahren riesige Löcher in die Haushalte von Städten und Gemeinden. Aktuell geht die Hälfte des Rekorddefizits auf das Konto von Steuersenkungen.

Quelle: Eicker-Wolf/Truger

Ich möchte Mitglied werden ab: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr**Persönliche Daten:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_ Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich**Beschäftigungsdaten**

- Arbeiter/in  Angestellte/r  
 Beamter/in  DO-Angestellte/r  
 Selbstständige/r  freie/r Mitarbeiter/in

 Vollzeit Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenst. Erwerbslos Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_ Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis \_\_\_\_\_ Schüler/in-Student/in bis \_\_\_\_\_ Praktikant/in bis \_\_\_\_\_ Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_ Sonstiges \_\_\_\_\_

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Branche \_\_\_\_\_ ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_

 ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Tarifvertrag/Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgr. \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelm. monatl. Bruttoverdienst Euro \_\_\_\_\_

**Einzugsermächtigung:**Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen  
Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahrenzur Monatsmitte  zum Monatsende  monatl.  halbjähr.  vierteljährl.  jährlich

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren\* monatlich bei  
meinem Arbeitgeber einzuziehen.

\* (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Personalnummer (nur für Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren) \_\_\_\_\_

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr Monat/Jahr**Monatsbeitrag:** Euro \_\_\_\_\_Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro  
Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes.**Datenschutz**

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden,  
dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis  
betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im  
Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft  
und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben  
elektronisch verarbeitet und genutzt werden.  
Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes  
in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Werber/in:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_



## **Städte und Gemeinden retten statt ruinieren!**

Deutschlands Städte und Gemeinden können nur gerettet werden, wenn ihre Einnahmen vermehrt werden. Deshalb muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskussteuer weiterentwickelt werden. Zu der würden auch bisher nicht erfasste freie Berufe und Selbstständige beitragen. Durch Freibeträge und die Beibehaltung der Anrechnung auf die Einkommensteuer würde sichergestellt, dass die große Mehrzahl der Selbstständigen nicht zusätzlich belastet würde. Gleichzeitig würde die Steuer auch auf die Teile der auf dem Gebiet der Gemeinde erarbeiteten Einkommen erhoben, die als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten anderswo ansässigen Kapitalgebern zufließen. So bleiben auch die Einnahmen der Gemeinden in schlechten Zeiten stabiler.

Für die am stärksten verschuldeten und unter Massenarbeitslosigkeit und Krise leidenden Städte

und Gemeinden ist ein Rettungsfonds notwendig, der sie aus der Schuldenfalle holt. Der Bund muss einen höheren Anteil an den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende und für die Grundsicherung im Alter übernehmen. Gleichzeitig müssen die Länder ihre Zuweisungen an die Städte und Gemeinden erhöhen und stärker am Finanzbedarf der hoch verschuldeten Städte ausrichten.



**Angesichts der dramatischen Notlage der Gemeinden müssen Reiche und finanzstarke Unternehmen mehr zur Finanzierung beitragen.**

Die Steuereinnahmen der Länder wiederum müssen durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsbesteuerung von großen Vermögen und Betriebsvermögen gestärkt werden.

Statt die Gewerbesteuer abzuschaffen, muss sie gestärkt werden. Die Einnahmen und die Finanzkraft der Städte und Gemeinden müssen verbessert werden, damit sie ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen können. Insbesondere den überschuldeten und finanziell bereits handlungsunfähigen Kommunen muss unverzüglich geholfen werden.

## **ver.di fordert:**

- ▲ Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden;
- ▲ einen Rettungsfonds für die am stärksten verschuldeten und unter Massenarbeitslosigkeit und Krise leidenden Städte und Gemeinden;
- ▲ erhöhte Zuweisungen des Bundes und der Länder an die Städte und Gemeinden;
- ▲ die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine verbesserte Erbschaftsteuer.

**Mehr Infos: [www.gerecht-geht-anders.de](http://www.gerecht-geht-anders.de)**

### **IMPRESSUM:**

ver.di –

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Ressort 1, Wirtschaftspolitik  
Paul-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin**

Verantwortlich: Frank Bsirske

Bearbeitung: Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner,  
Dr. Norbert Reuter, Anita Weber

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

W-3014-33, Januar 2011

**[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)**



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**